

Bericht über Ermittlungen des Verfassungsschutzes im Vorfeld des Oktoberfestattentats 1980

Im Rahmen seiner geheimdienstlichen Tätigkeit zum Oktoberfestattentat am 26. September 1980 erfuhr die DDR-Staatssicherheit von Aktivitäten des westdeutschen Verfassungsschutzes im Vorfeld des Anschlags. In den Unterlagen der MfS-Abteilung XXII (Terrorabwehr) ist ein entsprechendes Dokument zu den Ermittlungen und Observationsmaßnahmen überliefert.

Am 26. September 1980 explodierte in der Nähe des Haupteingangs des Münchner Oktoberfests eine Bombe, die 13 Menschen tötete und 221 zum Teil schwer verletzte. Der 21-jährige Geologiestudent und Rechtsextremist Gundolf Köhler, der bei dem Anschlag starb, hatte den selbstgebauten Sprengkörper in einem metallenen Abfallkorb deponiert. Das Oktoberfestattentat war der schwerste Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Die aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landeskriminalamts (LKA) Bayern und des Bundeskriminalamts (BKA) bestehende Sonderkommission (Soko) "Theresienwiese" ermittelte in dem Fall. Als sich die Hinweise auf einen Terroranschlag verdichteten, leitete am 27. September 1980 auch Generalbundesanwalt (GBA) Kurt Rebmann ein Ermittlungsverfahren ein.

Die Sicherheitsbehörden identifizierten Köhler am Tag nach dem Anschlag als Attentäter. Seine Kontakte in die rechtsextreme Szene, v. a. zur paramilitärischen Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann, waren bereits nachrichtendienstlich erfasst. Köhler hatte u. a. an Wehrsportübungen der WSG teilgenommen und mit ihrem Leiter Karl-Heinz Hoffmann korrespondiert. Die Organisation war bereits im Januar 1980 durch Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) verboten worden.

Trotz dieser Informationen und Zeugenaussagen zu weiteren Personen am Tatort schlossen die Soko "Theresienwiese" und der GBA letztlich ein rechtsextremistisches Tatmotiv aus und hielten an der Einzeltätertheorie fest. Im Mai 1981 stellte die Soko ihre Ermittlungen ein, im November 1982 auch der GBA.

Der Anschlag fand in einer politisch aufgeheizten Zeit statt: Am 5. Oktober 1980 stand die Bundestagswahl an, bei der sich der amtierende Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) und der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) gegenüberstanden. In Schmidts Regierungszeit (ab 1974) fiel die Hochphase des Terrors der Roten Armee Fraktion. Daher prägte das Thema Sicherheit – vor allem mit Blick auf den Linksterrorismus – den Wahlkampf. Obwohl gerade die Zahl rechtsextremer Gewalttaten ab Mitte der 1970er Jahre zugenommen hatte.

Schmidts konservative Herausforderer suchten die Schuldigen unmittelbar nach dem Anschlag im linksextremistischen Lager. Die Aktivitäten der WSG hingegen spielten sie herunter. Auch eine Tatbeteiligung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) schlossen sie nicht aus.

Das MfS verfolgte die Ereignisse rund um das Oktoberfestattentat aufmerksam. Es schöpfte Ermittlungsergebnisse der westdeutschen Sicherheitsbehörden ab, dokumentierte die Berichterstattung in der Bundesrepublik und bewertete die Auswirkungen des Anschlags auf die Bundestagswahl.

Zahlreiche – zum Teil zuvor aus der DDR geflohene oder freigekaufte – Rechtsextremisten hatte das MfS in seinem Speicher erfasst. Außerdem setzte es inoffizielle Mitarbeiter in der rechten Szene in der Bundesrepublik ein. Sein Ziel: neonazistische Organisationen im eigenen Land verhindern und Material sammeln, das die Bundesrepublik diskreditieren könnte.

Wie aus dem vorliegenden Bericht hervorgeht, erfuhr das MfS Ende September 1980 von länderübergreifenden Aktivitäten des westdeutschen Verfassungsschutzes im Vorfeld des Oktoberfestattentats. Demzufolge hätten die Landesämter für Verfassungsschutz Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen in der Nacht vom 25. auf den 26. "mit umfangreichen Observations- und Ermittlungshandlungen" gegen die WSG begonnen ("Aktion Wandervogel"). Das MfS schlussfolgerte daraus, dass der Verfassungsschutz möglicherweise schon im Vorfeld vom Anschlag gewusst hätte.

Signatur: BArch, MfS, HA XXII, Nr. 5749, Bd. 4, BL. -23

Metadaten

Urheber: MfS
Rechte: BArch

Datum: September 1980

Bericht über Ermittlungen des Verfassungsschutzes im Vorfeld des Oktoberfestattentats 1980

E 3215/80 64

Aktivitäten des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das Münchener Oktoberfest

E 3215/80
BStU
000209

Streng vertraulich
(7.2.22)
XII/3 XXII/AKG
Tgb.-Nr.: E 1436/80

Information G/5585/29/09/80

Nachträglich wurden Hinweise zu Observationshandlungen des westdeutschen Verfassungsschutzes im BRD-Land Bayern bekannt, die mit dem Sprengstoffanschlag auf das Münchener Oktoberfest im Zusammenhang stehen.

Wie hierzu erarbeitet wurde, begannen am 26. 09. 1980 ab ca. 00.15 Uhr Kräfte des westdeutschen Verfassungsschutzes unter Beteiligung des

Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (BLfV)

Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV)
Baden-Württemberg

und des

Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV)
Nordrhein-Westfalen

in

8524 Ermreuth

mit umfangreichen Observations- und Ermittlungshandlungen.

Verschiedene Anhaltspunkte deuten darauf hin, daß diese gegnerischen Maßnahmen mit dem am 26. 09. 1980 in

8000 München

erfolgten Sprengstoffanschlag auf das Münchener Oktoberfest im Zusammenhang stehen könnten.

Wie offiziell bekannt ist, stehen Angehörige der "Wehrsportgruppe Hoffmann"

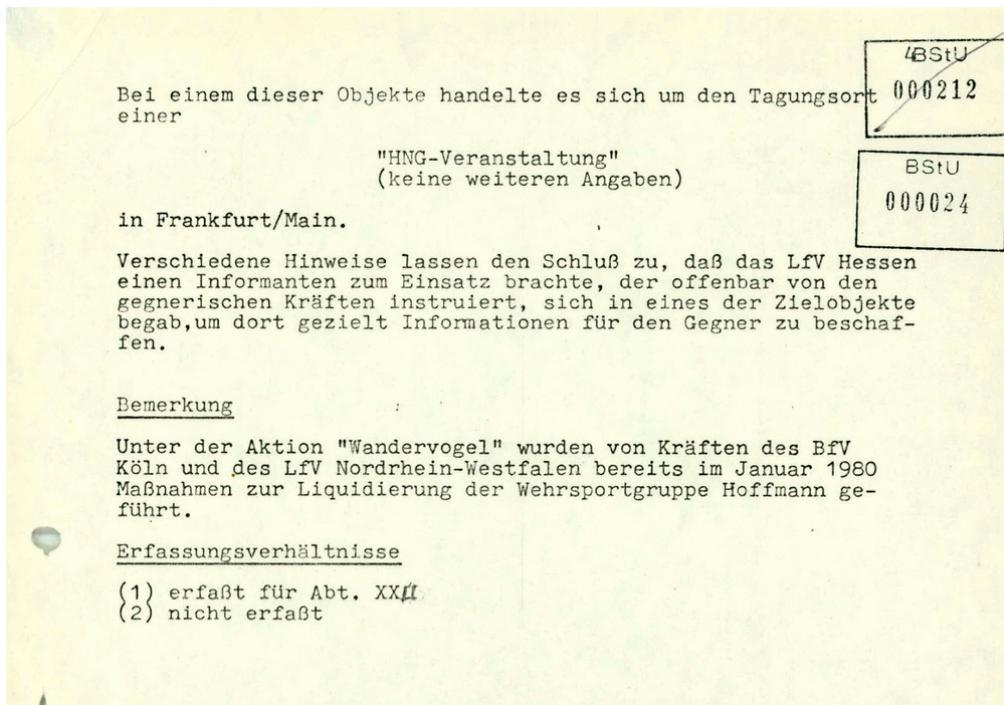
im Verdacht, diesen Anschlag verübt zu haben. Bemerkenswert erscheint, daß der Einsatz der gegnerischen Kräfte bereits mehrere Stunden vor dem Sprengstoffanschlag begann und bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt in verschiedenen Räumen der BRD fortgesetzt wird.

Den operativen Ausgangsinformationen zufolge richteten sich die Aktivitäten des Gegners unter der Deckbezeichnung

Signatur: BArch, MfS, HA XXII, Nr. 5749, Bd. 4, Bl. -23

Blatt

Bericht über Ermittlungen des Verfassungsschutzes im Vorfeld des Oktoberfestattentats 1980



Signatur: BArch, MfS, HA XXII, Nr. 5749, Bd. 4, BL -23

Blatt

Bericht über Ermittlungen des Verfassungsschutzes im Vorfeld des Oktoberfestattentats 1980

BStU
000022
2
BStU
000210

"Aktion Wandervogel"
eindeutig gegen Mitglieder der Wehrsportgruppe Hoffmann.

Die vorliegenden Hinweise zum Aktionsverlauf lassen den Schluß zu, daß die gegnerischen Kräfte möglicherweise Kenntnis über geplante Handlungen dieser Organisation hatten.

Im einzelnen können zu den im Mittelpunkt des Gegners gestandenen Zielpersonen, Objekten, Kfz sowie zum Verlauf der gegnerischen Maßnahmen folgende Aussagen getroffen werden:

Zielpersonen

- ■
 - verm. Name: ■■■■■ (phonetisch)
 - männlich
 - wh. in Düsseldorf
 - verheiratet
 - Halter eines Pkw, Farbe rot, Typ Mercedes, pol. Kennz. möglicherweise mit ■■■■■ beginnend
- "H"
 - männlich
 - als der "erste" bezeichnet
 - vermutlich der Leiter der militanten Organisation

HOFFMANN, Karl-Heinz (1)

Objekte

- Sitz der "Wehrsportgruppe Hoffmann" in
8524 Ermreuth
als Objekt 1/1 bezeichnet
- Objekt 4 und 4/1
 - Objekt 4/1: offenbar Reparaturwerkstatt der Organisation, in der zum Zeitpunkt der gegnerischen Handlungen ca. 10 Militärfahrzeuge repariert wurden
 - beide Objekte in südlichen Räumen der BRD gelegen.
- Objekt 3
(keine weiteren Angaben)

Kfz

- pol. Kennz.: ■■■■■
Typ: VW Variant (2)

Verlauf der gegnerischen Maßnahmen

Gegen 00.15 Uhr des 26. 09. 1980 trafen die Kräfte des LfV Nordrhein-Westfalen in Ermreuth ein. Vorliegenden Hinweisen zufolge beobachteten die gegnerischen Kräfte die Zielperson ■■■■■, die zu diesem Zeitpunkt unter Nutzung des genannten Kfz und in Begleitung ihrer Ehefrau aus Düsseldorf kommend nach Ermreuth fuhr. Nach Ankunft in Ermreuth fuhr die Ehefrau des ■■■■■ mit dem Kfz wieder nach Düsseldorf zurück. ■■■■■ selbst begab sich zum Objekt 1/1. Gegen 12.20 Uhr traf auch die Ziel-

Bericht über Ermittlungen des Verfassungsschutzes im Vorfeld des Oktoberfestattentats 1980

person "H" am Objekt 1/1 ein. Neben der Observation aller von [REDACTED] und "H" entwickelten Aktivitäten wurden von den Kräften des LfV Nordrhein-Westfalen und des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (BLfV) weitere Angehörige der Wehrsportgruppe Hoffmann, mehrere genutzte Kfz sowie die Objekte 3, 4 und 4/1 konspirativ beobachtet. Dabei stellten die gegnerischen Kräfte fest, daß im Objekt 4/1 ca. 10 aus der Bundeswehr ausgesonderte Fahrzeuge repariert wurden.

BStU

000211

Um 14.25 Uhr erhielten die Observanten des LfV Nordrhein-Westfalen vom BLfV den Hinweis, daß die Zielperson [REDACTED] beabsichtigt, sich in den Abendstunden unter Nutzung eines VW-Passat vom Objekt 1/1 aus in den südlichen Raum zu begeben. Diese geplanten Aktivitäten sollten unbedingt unter konspirativer Beobachtung gehalten werden.

BStU

000023

Im weiteren Tagesverlauf wurden von den eingesetzten Kräften des westdeutschen Verfassungsschutzes umfangreiche Handlungen der Angehörigen der Wehrsportgruppe Hoffmann festgestellt, die auf eine Auslagerung dieser militanten Organisation hindeuteten. So wurden mehrere Fahrzeuge, darunter aus der Bundeswehr ausgesonderte Militärfahrzeuge betankt, Probefahrten mit diesen durchgeführt und nicht näher bekannt gewordene Ausrüstungsgegenstände und Materialien verpackt. Gegen 22.00 Uhr traten mehrere Zielpersonen aus den Objekten 1 und 3 die Fahrt zum Objekt 4 an, wo Lkw-Anhänger angekoppelt werden sollten. Um 22.30 Uhr befanden sich die gegnerischen Kräfte kurz vor Nürnberg, wobei sie die Zielperson [REDACTED] und weitere Personen auf der Fahrt zum Objekt 4 observierten. Da der Gegner damit rechnete, daß noch weitere Materialien vom Objekt 1/1 abgeholt werden, verblieben dort zwei weitere Observationsfahrzeuge als Reserve.

Als Übernachtungsobjekt der Kräfte des LfV Nordrhein-Westfalen wurde das Hotel

"Wienerwald"
8520 Erlangen
Hauptstraße 103
Tel.: [REDACTED]

bekannt.

Neben diesen Maßnahmen des LfV Nordrhein-Westfalen wurden am 27. 09. 1980 Handlungen des LfV Hessen (Observationsorgan Terrorismus) bekannt, die mit den Aktivitäten gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann im Zusammenhang stehen könnten.

Vorliegenden Hinweisen zufolge befanden sich die Kräfte des LfV Hessen in

6000 Frankfurt/Main

und

6360 Friedberg

im Einsatz.

Von den eingesetzten Observanten wurden in den Einsatzorten von allen an nicht näher bekannt gewordenen Objekten eintreffenden Kfz die polizeilichen Kennzeichen festgestellt.